

Medizinische Universität Innsbruck
Bericht zur Betriebsversammlung am
25.03.2015
Helga Fritsch und Martin Tiefenthaler

Tagesordnung

- Bericht von den Verhandlungen
- Anträge
- Allfälliges

Ergebnis aus dem BMWFW 5.3.2015

anwesend SC Mag. Pichl, MR Mag. Fritsch, Rektorin Fritsch, BR Tiefenthaler

- Lob für Verankerung der universitären Dienstpflichten
- Verständnis für Forderung der Klinikärztegehaltsanpassung im Tilak Ausmaß
- Wunsch der vorzeitigen Umsetzung der 48h Woche

Bericht von den Verhandlungen 11.3., 13.3.

BRwiP **Angebote und Forderungen**

- Arbeitszeitflexibilisierung
- Klinikerzulage wie Tilak
- Forderungen BMWFW nur mit Abgeltung
- Angebot der Umsetzung BV zum 1.4., sodass Opt out im März Funktionalität des LKI sicherstellen kann

Bericht von den Verhandlungen 11.3., 13.3. und 23.3.2015

- Flexibilisierung Konsens
 - Tagesarbeitszeit (Mo-Fr) 07:00-19:00 (mind 11h AR)
 - Spätdienste (11:00-19:00)
 - „Lange Tage“ (=12 h-Tag, aber 40h/Woche außer in Diensten
Jeweils mit BV analog Land
- Forderungen BMWFW: 48h Woche ab 2017
 - Dritter Dienst ist oft erforderlich, Abgeltung durch ZA
 - Ja, aber nur bei Arbeitsverdichtungszulage
 - Für uns zweifelhaft, ob LKI damit führbar ist!
 - Kein Konsens über Modell 2017
- Umsetzung
 - Anbot der MUI: ergänzte BV ab 1.7. oder auch ab 1.4.

Verhandlungskonsens 23.3.2015

- Konsens über eine Prämie in Anlehnung an die Landesärzte&innen am LKI bis inkl 2018.
- Die Klinik-Ärzte/innen der MUI sollten nicht schlechter gestellt sein.
- Flexibilisierung der Normalarbeitszeit (s.u.)
- Neues Arbeitszeitmodell für 2017

Flexibilisierung Verhandlungskonsens

23.3.2015

- Arbeitszeit von 07:00-19:00 (mind 11h Arbeitsruhe) um Lehre nach der Klinik zu ermöglichen, Klinik innerhalb der 40h Woche, keine geteilten Dienste

Klinische Tätigkeit

- Lange Tage: über Vereinbarung bis 12 Stunden
- Später Dienstbeginn: über Vereinbarung bis 19:00 Dienstende

Alles unter Berücksichtigung der 40h Woche, der Ausbildungsvorschriften und der Betreuungspflichten und des Stundenplans und Betriebsvereinbarung

Flexibilisierung: Verhandlungskonsens

- Rufbereitschaften im Experten/innenbereich (z. B. Transplantation) über Betriebsvereinbarung
- Kein Schichtdienst geplant
- 5- Tagewoche, Samstag, Sonntag, Feiertag nur JD
- Robotrec entspricht aus Sicht des BRwiP dem vorgeschlagenen Zeitkonto für Normalarbeitszeit
- keine Entgeltkürzung im Dienst

BRwiP fordert Leistungsprämie für Projekteinwerber/innen

Alle MUI-beschäftigten Projekteinwerber/innen für
die Dauer der Beschäftigung von
Projektmitarbeiter/innen mit mind. 50% MUI -
Anstellung

- Kein Konsens über Zulässigkeit der Forderung im Rahmen der KA-AZG Vereinbarung
- BRwiP: Bedeckung aus Kostenersätzen leistbar
- Rektorat: Wäre über andere Drittmittelrichtlinie zu regeln und nicht über KA-AZG BV
- FWF Aussendung vom 23.3.: Kürzung der Overheads auf 10%

Weitere Punkte gemeinsam mit Rektorat

- Die Anhebung der Beamtenrufbereitschaften wird gemeinsam beim BMWFW und Kanzleramt betrieben
- Die Anhebung der Samstagsentgelte auf die des Sonntags ist kollektivvertraglich zu regeln

Umsetzung

- Neue KA-AZG-Betriebsvereinbarung ab 1.4. für 2x mind 17 Wochen in diesem Jahr.
- Abstimmung unter den betroffenen Ärztinnen und Ärzten des klinischen Bereichs der MUI nach Vorliegen der neuen KA-AZG Betriebsvereinbarung unter Nutzung des Online Abstimmungstools der Ärztekammer für Tirol

KPJ Forderungen

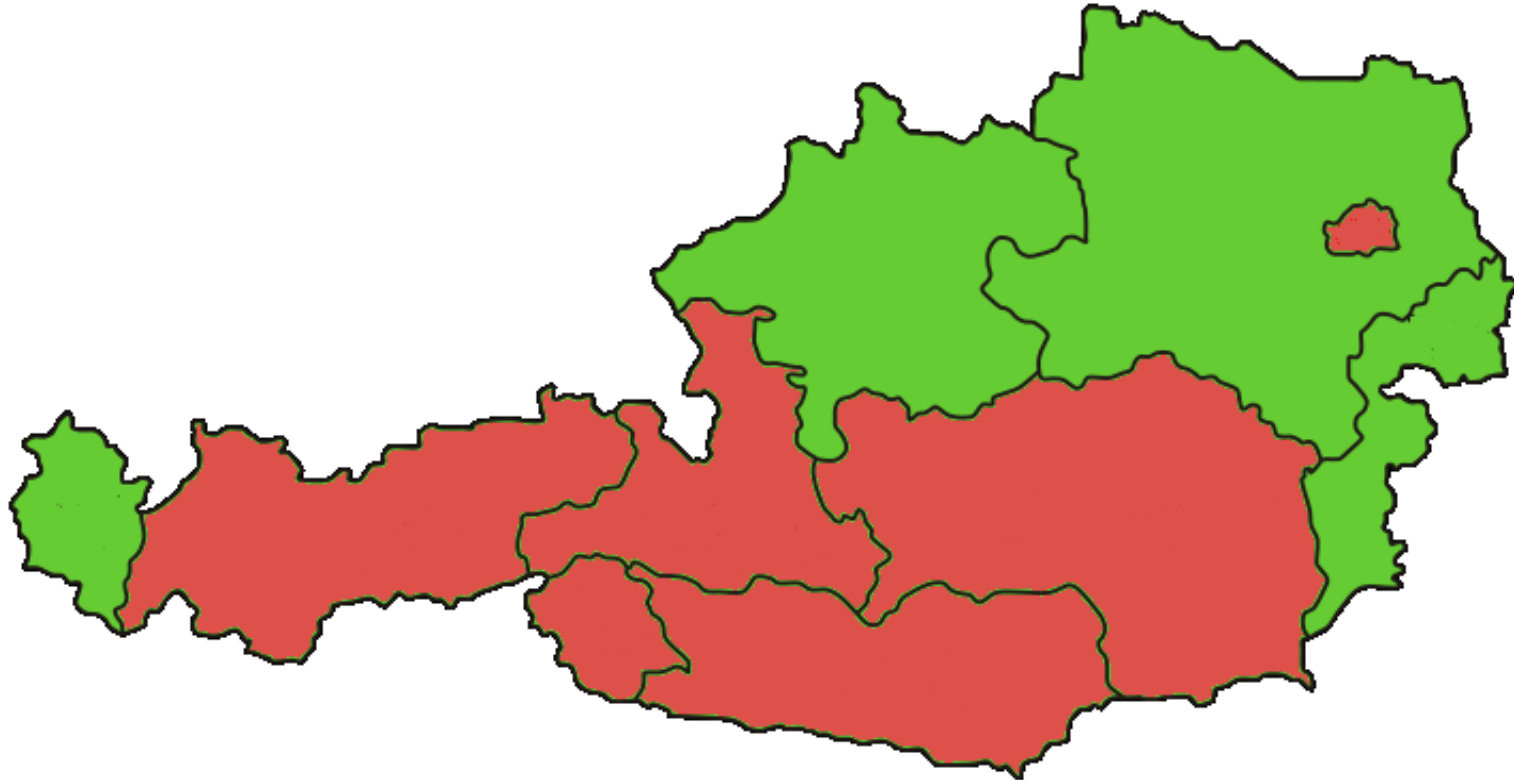
(ÖH Med Wien, Graz, Innsbruck)

- Aufwandsentschädigung in Höhe von 650€
- Unterkunft durch Krankenhausträger
- Verpflegung (insbesondere Mittagessen)

- Österreichweit einheitlich
 - Von Ländern finanziert
 - Qualität der Lehre sollte Auswahlkriterium sein, nicht die AE



ÖH: KPJ - Aufwandsentschädigungen österreichweit



Anträge und Abstimmungsergebnis

(350 Anwesende, Zustimmung in %)

- Der Verhandlungskonsens wird von der Betriebsversammlung angenommen. 92,2%
- Die Betriebsversammlungen werden ausgesetzt um dem BMWFW die Zeit für eine Bedeckungszusage einzuräumen. 95,6%
- Die heutige Betriebsversammlung am Probst-Platz wird abgesetzt. 98,3%
- Die Forderung der Studierenden nach einer Aufwandsentschädigung im KPJ wird unterstützt und das BMWFW ersucht im Zuge der UG Novelle diese Maßnahme legislativ zu unterstützen. 99,7%